

SIE LEBEN IM DUNKELN

DAS SCHICKSAL ÄLTERER MENSCHEN WÄHREND DER RUSSISCHEN INVASION DER UKRAINE: SEGREGATION, ISOLATION UND SCHLECHTER ZUGANG ZU UNTERKÜNFTE

Zusammenfassung des Amnesty Berichts „‘They Live in the Dark’. Older People’s Isolation and Inadequate Access to Housing Amid Russia’s Invasion of Ukraine“ von Dezember 2023

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der 2014 mit der Invasion und völkerrechtswidrigen Annexion der Krim begann, forderte bereits tausende Menschenleben und zwang Millionen Menschen zur Flucht. Mit der großflächigen Invasion der Russischen Föderation im Februar 2022 haben die Lebensbedingungen der Ukrainer*innen eine dramatische Verschlechterung erfahren. Allein für den Zeitraum zwischen Februar und September 2023 berichtete das Büro des Hochkommissars für Menschenrechte der Vereinten Nationen (OHCHR) von 27.449 zivilen Opfern, davon 9.701 Getöteten und 17.748 Verletzten.

Im Angriffskrieg wird kaum Rücksicht auf Zivilist*innen und vulnerable Gruppen genommen. Dazu zählen auch ältere Menschen, die unverhältnismäßig stark vom Krieg betroffen sind und die Herausforderungen oft nicht allein bewältigen können. Ältere Menschen fliehen seltener, was unter anderem an körperlichen Einschränkungen, fehlenden Informationen oder der Verbundenheit zu Haus und Hof liegt. So bleiben sie, in der Regel unter sehr schlechten Lebensbedingungen, allein zurück. Das ist auch erkennbar daran, dass sie zwar mit fast einem Viertel einen sehr hohen Anteil der ukrainischen Bevölkerung ausmachen, allerdings nur 5 Prozent der 6 Millionen Flüchtenden. Um ihre Situation im Krieg zu verstehen, besuchte Amnesty International ukrainische Notunterkünfte und Einrichtungen und sprach mit 89 älteren Menschen in der Ukraine. Der auf diesen Grundlagen entstandene Bericht „‘They Live in the Dark’. Older People’s Isolation and Inadequate Access to Housing Amid Russia’s Invasion of Ukraine“ zeigt das besondere Leid älterer Menschen im Ukrainekrieg auf und sucht nach Lösungswegen, um ihre Situation kurzfristig wie langfristig zu verbessern.

Erst mit dem Rückzug Russlands aus der Ukraine kann sichergestellt werden, dass ältere Menschen ihre Rechte vollumfänglich wiedererlangen und realisieren können. Allerdings kann die ukrainische Regierung bereits jetzt Maßnahmen ergreifen, um die Lage dieser vulnerablen Bevölkerungsgruppe zu verbessern. Dabei ist die Ukraine jedoch auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen. Ältere Menschen als besonders vulnerable und doch häufig übersehene Gruppe müssen zudem mehr Beachtung durch Hilfsorganisationen und Geldgeber*innen erfahren. Nicht zuletzt muss die internationale Gemeinschaft die Lücken im Rechtssystem füllen und sich über eine gemeinsame Konvention zum Schutz älterer Menschen abstimmen.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
Koordinationsgruppe Belarus und Ukraine (2349)
Sonnentallee 221 C . 12059 Berlin
E: info@amnesty-belarus-ukraine.de . W: <https://amnesty-belarus-ukraine.de/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC: BFS WDE 33XXX

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



MANGELNDER ZUGANG ZU UNTERKÜNFTE

Während jüngere Menschen auf der Flucht bessere Chancen haben, eine neue Arbeit zu finden und eigene Wohnung zu mieten, sind die Kosten für eigene Unterkünfte für ältere Menschen oftmals zu hoch. Auch die staatliche Hilfe bietet kein ausreichendes Auffangnetz. So müssen ältere Menschen in ihren beschädigten Häusern ausharren oder Schutz in Notunterkünften suchen. Letztere sind jedoch häufig physisch unzugänglich und nicht barrierefrei. Ebenso mangelt es nicht selten an Willen und Mitteln, um Anpassungen vorzunehmen, sodass ältere Menschen nicht allein hinauskönnen. In der Folge müssen sie oft von ihren Angehörigen und Bekannten getrennt untergebracht werden.

ZUGANG ZU HILFSANGEBOTEN, PFLEGEDIENSTEN UND GESUNDHEITSFÜRSORGE

Menschen mit Einschränkungen benötigen häufig Hilfe im Alltag. Diese wurde ihnen vor dem Krieg meist über ihre Communities oder staatliche Programme zuteil. Mit der Invasion gingen die Zahlen der jüngeren Menschen und Pflegekräfte jedoch dramatisch zurück. Gleichzeitig benötigen aber immer mehr ältere Menschen Hilfe, da sie Kriegsverletzungen erlitten und vorherige Unterstützung weggebrochen ist. So sind immer weniger Pflegekräfte für eine wachsende Zahl hilfsbedürftiger Menschen verantwortlich. In der Kharkiv-Region reduzierte sich die Zahl der Pflegekräfte von 2.052 im Jahr 2021 auf 1.594 im Jahr 2022 und erholte sich lediglich teilweise. In der Folge bleiben Menschen mit Einschränkungen häufig allein zurück und bekommen keine angemessene Unterstützung. Sie müssen in überlasteten Einrichtungen oder zerstörten Häusern ausharren.

Auch die Barrieren zu Hilfsangeboten sind mit dem Krieg weiter angestiegen. Dies ist auf den Mangel an Transportmitteln, Medizin und medizinischem Personal zurückzuführen, sowie auf physische Unzugänglichkeit der Krankenhäuser und Einrichtungen sowie auf stark gestiegene Unterbringungskosten. Ein wichtiger Faktor ist auch der Zugang zu Informationen und medizinischem Personal. Denn um Anspruch auf Hilfsmittel und Gelder zu haben, müssen sich Menschen mit Behinderungen erst registrieren lassen, was eine komplizierte Antragsstellung und die Untersuchung durch einen Facharzt erfordert. Aus diesem Grund ist von einer hohen Dunkelziffer an älteren Menschen mit Behinderung, die nicht registriert sind und daher auch keine Hilfe bekommen, auszugehen.

Laut den CRPD¹-Richtlinien hat jeder Mensch mit Behinderungen ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft und auf Gesundheit, das heißt auf angemessene Gesundheitsfürsorge und Unterstützung. Bisläng blieben Bemühungen des ukrainischen Staates zur Erfüllung der CRPD-Richtlinien und des Rechts auf angemessenen Lebensstandard und Unterkunft sowie auf soziale Sicherheit gemäß dem ICESCR² jedoch aus, wie Amnesty International von örtlichen Beamt*innen und

¹Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, UN-Konvention.

²Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, UN-Sozialpakt.



Verantwortungsträger*innen erfuhren und auch die WHO³ bereits feststellte. Die ukrainische Regierung muss diese Rechte erfüllen und ist dabei auf internationale Unterstützung angewiesen.

SEGREGATION UND ISOLATION

Etliche Menschen sind vor dem Krieg auf der Flucht. Da viel mehr Jüngere flüchten, bleiben ältere Menschen meist ohne Hilfe und Unterstützung zurück. Das zwingt viele dazu, ihre Häuser zu verlassen und in Notunterkünften zu ziehen. Da sie aber andere Bedürfnisse haben, können sie oft nicht in regulären Unterkünften mit ihren Angehörigen und Bekannten unterkommen, sondern werden in speziellen medizinischen Unterkünften untergebracht. Das bedeutet für sie die Trennung von ihren Angehörigen, was häufig mit Kontaktverlust einhergeht, aber auch Segregation und Isolation – und das auf unbestimmte Zeit. Diese getrennte Unterbringung und die damit einhergehenden Bedingungen sind auch eine Form der Diskriminierung.

In den Einrichtungen werden ältere Menschen häufig Opfer von schlechter Behandlung und Vernachlässigung durch das Pflegepersonal. Amnesty International wurde z.B. von einer älteren Dame in einer Unterkunft im Oblast Kirowohrad berichtet, welcher monatelang nicht in ihren Rollstuhl geholfen wurde, sodass sie lange Zeit im Bett verbleiben musste. Bereits vor dem Krieg berichteten der auf Grundlage des Anti-Folter-Abkommens (OPCAT) eingerichtete ukrainische National Preventive Mechanism (NPM) und weitere Menschenrechtsorganisationen, dass ältere Menschen in Pflegeeinrichtungen vernachlässigt, isoliert und misshandelt werden. Es ist unklar, wie viele auf diese Weise die Verstöße und Einschränkungen ihrer Rechte hinnehmen müssen, denn die Daten sind lückenhaft und viele Einrichtungen verweigern die Kooperation. Internationale Anstrengungen sind erforderlich, um die Segregation und Diskriminierung älterer Menschen zu stoppen, etwa durch Einrichtung von nicht-segregierenden Unterkünften oder der Gewährleistung von Pflege zu Hause gemäß des CRPD.

ÄLTERE MENSCHEN: LEGALER SCHUTZ UND LEGALE LÜCKEN

Im Vergleich zu den Situationen anderer vulnerabler Gruppen in Krisen und Kriegen ist die Berichterstattung über ältere Menschen und ältere Menschen mit Einschränkungen relativ gering und ihnen wird weniger humanitäre Hilfe zuteil. Die mangelnde Aufmerksamkeit ist auch darauf zurückzuführen, dass es keine internationalen Abkommen zum Schutz ihrer Rechte gibt, welche über die internationale Menschenrechtscharta und das CRPD hinausgehen. Der Amnesty-Bericht über die Situation der älteren Menschen im Ukrainekrieg belegt diesen mangelnden Schutz. So widerspricht es dem Grundsatz, ihre Autonomie und Eigenständigkeit zu schützen, wenn ältere Menschen in der Ukraine wiederholt in medizinische Einrichtungen überwiesen werden, obwohl ihr Zustand dies nicht rechtfertigt. Wie Amnesty International in dem Bericht zeigt, raten Ärzte älteren Menschen in der Ukraine oft davon ab, ihren Status als Person mit Einschränkungen einzutragen oder versorgen sie nicht mit ausreichend Informationen. So werden ältere Menschen daran gehindert, die ihnen zustehenden Hilfen zu beanspruchen und können ihre Rechte nur eingeschränkt durchsetzen.

Auch Armut trägt dazu bei, dass ältere Menschen Einschränkungen in ihren Menschenrechten erfahren. 80 Prozent der älteren Menschen in der Ukraine leben unterhalb der Armutsgrenze, was auf geringe

³ Weltgesundheitsorganisation.



Pensionen und darauf zurückzuführen ist, dass viele durch den Kollaps der Sowjetunion ihre erwirtschafteten Grundlagen verloren haben und diese sich nicht erholen konnten. Da sie sich die mittlerweile teuren Wohnungen und Häuser nicht mehr leisten können, schränkt dies ihr Recht auf angemessene Unterkunft ein. Sie können so auch nicht gleichberechtigt und frei entscheiden, wo sie wohnen. Die Armut schränkt auch ihr Recht auf Gesundheit ein, da sie sich notwendige Pflege, medizinische Eingriffe und Medikamente nicht leisten können. Die prekäre Situation älterer Menschen in der Ukraine umfasst auch eine Reihe weiterer Rechte, die nicht ausreichend gewährleistet werden, wie das Recht auf sozialen Schutz, welches die Ukraine mit der Revidierten Europäischen Sozialcharta anerkannt hat.

Während es für andere vulnerable Gruppen bereits UN-Abkommen gibt, sind ältere Menschen als einzige Gruppe bislang unbeachtet geblieben. Die bestehenden rechtlichen Mechanismen bewirken aber keinen ausreichenden Schutz älterer Menschen. Oder wie der UN-Hochkommissar für Menschenrechte im Bericht 2022 sagte: „Die aktuellen [menschenrechtlichen] Mechanismen stoßen in ihrer Fähigkeit, die Menschenrechte älterer Menschen zu fördern, auf praktische Einschränkungen, einschließlich ihrer Mandate, Arbeitsbelastungen, Erwartungen und Fachkenntnisse“. In diesem Rahmen wurde empfohlen, die Ausarbeitung eines speziellen Vertrags über die Rechte älterer Menschen vorzunehmen. Bislang blieb es bei dieser Empfehlung. Aber eine Konvention ist notwendig, um die Menschenrechte älterer Menschen in bewaffneten Konflikten und anderswo zu garantieren.

HIER WEITERLESEN:

[Presseerklärung „Ukraine: Russischer Angriff setzt ältere Menschen mit Behinderungen Isolation und Vernachlässigung aus“](#)
[“They Live In The Dark“. Older People’s Isolation and inadequate Access to Housing Amid Russia’s Invasion of Ukraine](#)

